

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1205

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. Schatzl, Dresden,
Bau des Arbeiter-Kassensitzes
am Bräuner, H.-G., Dresden,
Schreiber: Kurtz, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Die Preise des Blattes sind: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1,00 M., 3 Monate 2,70 M., 6 Monate 5,00 M., 1 Jahr 9,00 M. (Postzusatz 1,00 M.).

Schriftleitung: Wilmanns 15, Fernsprecher Nr. 2321. Druck:
Verlag: Wilmanns 15, Fernsprecher Nr. 2321 und 2371.
Gesamtauflage von 100.000 bis 1.500.000 Exemplare.

Einzelheft: 10 Pf., 10 Hefte: 1,00 M., 3 Monate: 2,70 M., 6 Monate: 5,00 M., 1 Jahr: 9,00 M. (Postzusatz 1,00 M.).

47

Dresden, Mittwoch, den 25. Februar 1931

42. Jahrgang

Die Arbeitslosen immer noch steigende Ziffern

Die Arbeitslosenziffern der Reichs-
für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermitt-
lungen noch keine Änderung der
auf dem Arbeitsmarkt. Die Belastung der
Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Jahr
noch um rund 155 000 Hauptunterstützung-
empfänger wuchs, ist bis zum 15. Februar nur
um 48 000 auf rund 2 602 000 (im Vorjahr
2 447 000) gestiegen. Der Anstieg der Ziffern ist also in der
ersten Hälfte in einer weit flacheren Kurve vor sich
gegangen als in den vorangehenden Wintermonaten. In
den ersten vier Monaten des Jahres sind rund
1 200 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 000
im Vorjahr zu verzeichnen. Die am 15. Februar
registrierten Arbeitslosen sind am 15. Februar
auf 2 602 000 gestiegen. Die Zunahme um rund
1 400 000 im Vergleich zum 31. Januar zeigt, daß der
Anstieg der Arbeitslosen im Februar nicht nur
auf den Saisonanhebungen beruht, sondern in der
ersten Hälfte in einer weit flacheren Kurve vor sich
gegangen ist. Als günstiges Zeichen dürfte anzusehen
sein, daß seit längerer Zeit wieder ein Landesarbeits-
amt in eine A. B. u. A. M. in der Zahl der
Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung
zurückgegangen ist.

Katastrophe am Baumarkt

Die Katastrophe am Baumarkt hat sich nach den
Angaben des Bauunternehmens weiterhin
ausgedehnt. Die Arbeitslosigkeit ist von 64,8 Prozent auf 72,9
gestiegen. Die Zahl der in Arbeit stehenden Bauarbeiter
ist um 20 Prozent geringer als im Vorjahr und bleibt sogar
unter der Zahl der im Vorjahr. Die Zahl der im Vorjahr
registrierten Arbeitslosen ist um 1,7 Prozent
gestiegen. Als günstiges Zeichen dürfte anzusehen
sein, daß seit längerer Zeit wieder ein Landesarbeits-
amt in eine A. B. u. A. M. in der Zahl der
Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung
zurückgegangen ist.

Die klagenden Helden Ludendorff verhöhnt die Nazis

Die Klagenden Helden gegen die Partei seines
ehemaligen Stiefsohns Ludendorff wider
den Reichstag gekommen zu sein, denn sein Urteil über
den Reichstag zeigt immerhin
den Sinn von kritischer Beobachtung, von dem
Ludendorff und Tag bei ihm sonst nichts mehr bemerkt hat.
Ludendorff seiner Volkswarte kritisiert Ludendorff
nach seiner Auffassung gänzlich verfehlt. Ludendorff
mit folgenden Worten:
"Die Klagenden Helden, nachdem die Nationalsozialistische
Partei überaus glücklich war, daß die Hoffnung, durch den Reichstag
zur Macht zu gelangen, so wie es von ihren Wagnern
angenommen und Wählern vorhergesagt war, zu einer
Hoffnung wurde und Regierung und Reichstag
ganz verfassungsmäßig die National-
sozialistische Partei im Reichstag an die Wand gedrückt hatten,
das war kein großes Handeln. Nur schied sich
Ludendorff die Enttäuschung nicht geglättet
halten. Die Veränderung der Weltanschauung, die
Ludendorff hat, enthält einige Punkte, die parlamentarische
Verfahren beseitigen und von jedem rechtlich
den Menschen begünstigt werden sollten.
Nationalsozialistische Partei, die immer nur von Gewalt
und dieser auch unerschrocken Ausdruck gibt, hat kein Recht,
Recht zu bekämpfen, die nun andere gegen sie anwenden.
Wenn eine Gruppe grüßt, fällt selbst hinein, und wer
noch klagt, stellt sich gerade nicht als
Held."

Schluß stellt Ludendorff noch das nationalsozialistische
Verhalten vom "Kulturfriede zum Bürgerkrieg" als Geschwätz
dar, daß damit nach der jetzigen Lage der Dinge
nichts mehr zu machen seien.
Ludendorff Kapitän Ehrhardt den Nazis seine Ver-
ehrung ausdrückt. Ludendorff ist jetzt nennt die Ludendorff
Spezialanten! Was sollen wir da eigent-
lich tun?

Nazis verprügeln ihre Brüder

Dresden, 25. Februar. (Fig. Funk.) Eine Bekanntmachung
des Reichsministeriums der Reichswehr, das
den Nationalsozialisten abgepaltenen Straß-
kämpfern im Diensttag in Berlin in den Oberland-
schaften sollte, wurde von den Nazis gezeichnet.
Diese Verleumdung kurz nach Beginn der Versamm-
lung eine SA-Abteilung und verhinderte den be-
rühmten A. D. Führer, der über Vorgänge in der
Reichswehr sollte, so lange am Leben, bis es zu einer all-
gemeinen Prügelei kam.

Schieles Agrarprogramm

Das gestern von der Reichsregierung ver-
abschiedete neue Agrargesetzgebungs-
werk wurde am Dienstag vom Reichsernäh-
rungsminister Schiele vor dem Reichstag er-
läutert.

Aus dem Reichstag wird uns dann geschrieben:
Im ersten Abschnitt des sechs Abschnitte umfassenden Agrar-
programms wird der schon bekannte Reichsbe-
teilungsplan, d. h. die weitere Einschränkung des Roggen-
und Weizenanbaus und die Verwendung der freigewordenen
Flächen zur Ausdehnung des Weizen-, Gerste-, Feldfrucht-
und Hülsenfruchtbaus sowie die Ausdehnung der Grünland-
wirtschaft dargelegt. Gegenüber dem Vorjahr ist durch die
erworbene Ueberhöhung der Weizenpreise der Roggenanbau um
eine halbe Million Hektar eingeschränkt und dafür der Winter-
weizenanbau um 125 000 Hektar ausgedehnt worden. Durch
eine weitere Erhöhung der Weizenpreise (schon jetzt kostet der
Zentner Weizen 6 M. mehr als der Roggen) will man nun
erreichen, daß möglichst viel von der freigewordenen Roggen-
fläche mit Sommerweizen bepflanzt wird. Denn in dem Pro-
gramm steht ausdrücklich, daß durch eine entsprechende Preis-
politik ein privatrechtlicher Anreiz für die Produktions-
umstellung geschaffen werden soll. — Der zweite Abschnitt
behandelt

die Abgabeverhältnisse.

Es ist in Aussicht genommen, zu dem Standardisierungs-
gesetz und zum Milchgesetz Durchführungsbestimmungen zu
erlassen. Auch ist in ihm von dem unmittelbar vor dem Ab-
schluß stehenden Zusammenschluß der Ackerindustrie die
Rede. Warum diese drei Gesetze bzw. die Durchführungs-
bestimmungen noch einmal in dem neuen Agrarprogramm er-
wähnt sind, ist nicht recht ersichtlich, denn die Gesetze sind
schon längst in Kraft und kein Mensch hat Herrn Schiele
daran gehindert, die notwendigen Durchführungsbestimmun-
gen zu treffen. Es wäre aber besser, anstatt andauernd von
den notwendigen Verbesserungen des landwirtschaftlichen Ab-
gabewesens wie Standardisierung und Milchgesetz zu reden,
endlich einmal etwas zu tun. Auch sollen besondere Mittel
vorgesehen werden zur Förderung der Kartoffelzucht,
zur Unterbringung der überflüssigen Zudermengen auf dem
Wege der Verfütterung und zur stärkeren Anspannung des
Brennereis. Das letztere heißt wohl Erhöhung der Reim-
schungsquote von Kartoffelspiritus zu Benzol, wodurch der
Treibstoff verteuert und damit der Kraftwagenverkehr zum
Nutzen der Schnapsbarone verteuert wird. Schließlich ist die
Milchwirtschaft nicht vergessen, denn pasteurisierte Milch soll

von der Umsatzsteuer befreit werden. — Im dritten
Kapitel des Agrarprogramms ist die

Einflussung des Verbrauchs

behandelt. Die Verbraucher von Mehl, Fleisch und Fischerei
sollen gezwungen werden, einen bestimmten Prozentsatz deut-
licher Rohstoffe zu verbrauchen. Offensichtlich kommt es nicht
so weit, daß man zwingend jedem Käufer einer Fischerei-
brühe gewalttätig einflößt. Den Abzug von deutschem Mehl
braucht man durch geistlichen Zwang gar nicht zu beein-
flussen, wenn die Produktionsmethoden verbessert werden,
denn der Abzug ist nur deswegen so gering, weil deutsches
Mehl gegenüber ausländischem von außerordentlich hoher Quali-
tät ist. Um den Polzabzug zu heben, soll bei allen Ban-
ten, die mit öffentlichen, insbesondere Staatssteuermitteln
errichtet werden, grundsätzlich nur heimisches Holz verwendet
werden.

Trotz des Protektions Viskos ist, scheint man auch
auf dem Reichsernährungsministerium eingeleitet zu haben,
denn die Ergebnisse einer nach Danemark entandenen Sach-
verständigenkommission sollen zu einem Plan ausgearbeitet
werden, um den Roggenverzehr zu heben. — Der vierte
Abschnitt ist der bedenklichste, denn durch ihn soll die
Regierung ermächtigt werden,

gleitende Zölle, die bisher nur für Getreide be-
standen, für alle agrarischen Produkte,

also Fleisch, Molkereiprodukte, Eier, Hülsenfrüchte und die
Erzeugnisse der Forstwirtschaft, einzuführen. Dieses Ermäch-
tigungsollsystem soll sich nach Schiele bei den Getreidearten
voll bewährt haben. Jedenfalls ist der Erfolg der, daß der
Weizen, bei dem es sich besonders durch die Erhöhung der
Zölle auf 25 M. je Doppelzentner ausgewirkt hat, jetzt be-
reits im Weizenland 15 M. der Zentner kostet. Besonders
bedenklich ist aber die Ausdehnung dieses Ermächti-
gungsgesetzes auf die Veredelungsprodukte und auf Obst und Gemü-
se, denn nur bei einigen dieser Waren kann die Reichs-
regierung die Zölle von sich aus erhöhen. Fast alle land-
wirtschaftlichen Erzeugnisse sind in Handelsverträgen gebun-
den, so Obst und Gemüse in den Handelsverträgen mit
Frankreich, Jugoslawien, Italien, Belgien und Holland. Käse
im Handelsvertrag mit Frankreich und der Schweiz, Eier im
Handelsvertrag mit Italien und Jugoslawien, Holz im Han-
delsvertrag mit Österreich und Schweden.

Entweder bedeutet also die Erhöhung der Zölle auf
diese Waren Kündigung der Handelsverträge und Zollkrieg
oder Verhandlungen mit diesen Staaten und Bewilligung
von Einfuhrkontingenten. Denn sonst werden die Handels-

Wirth und Braunschweig

Sollmanns Anfrage — Franzen muß sich erklären

In der Abend Sitzung des Haushaltsausschusses
des Reichstags erörterte Genosse Sollmann den Polizei-
minister Franzen in Braunschweig, wo der hantellose Aben-
teurer Führer der nationalsozialistischen Polizeigenossen an-
gewiesen hat, einem Polizeiwachtmann die weitere Aus-

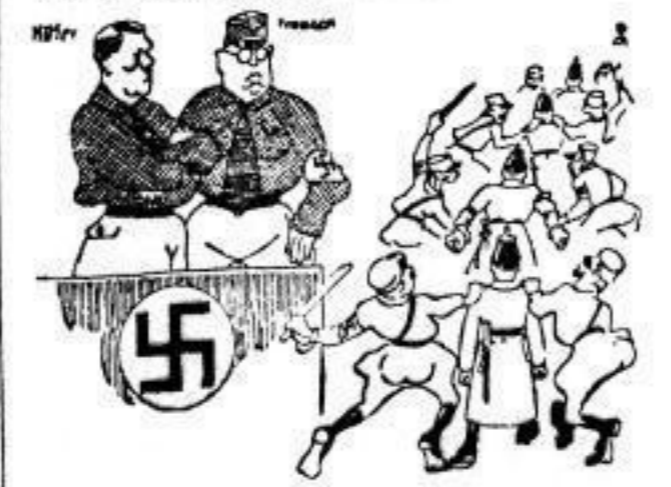
übung seiner Pflichten zu unterlagen. Der Minister Wirth
entwiderte, daß er lediglich durch die Presse Kenntnis von den
Vorgängen in Braunschweig erhalten habe, die auch er sehr
eigenartig finde. Es werde bereits am Mittwoch ein
Schreiben an die braunschweigische Regie-
rung abgehen, worin um nähere Mitteilungen erlucht werde.

Wie sie hausten!

Braunschweig, 24. Februar. (Fig. Dr.) Immer neue Einzel-
heiten über die Ausschaltung der Polizei durch die
SA Hitlers am vergangenen Sonntag und Sonntag werden
bekannt. Als ein Polizeibeamter aus einem Polizeirevier einen
Kloster freilassen wollte, der mit einem Dauerschlüssel einen Au-
schanke verließ hatte, wurde er bei dieser Handlung von SA-
Leuten gehindert und mit Fußtritten traktiert. Trotzdem
gelang es dem Polizeibeamten, den schuldigen SA-Mann zu fassen.
Darauf trat der Abteilungsführer der SA hinzu und erklärte,
der Mann dürfe nicht festgenommen werden. Minister Franzen
gab Anweisung, daß keine Leute befreit werden sollten.
Einige andere waren Franzen festgenommene SA-Leute wurden
nach einem telefonischen Anruf des Reichslandtagspräsidenten
Jörnert freigelassen.

Der sozialdemokratische Volkstribun weist ferner darauf hin,
daß am Montag morgen, als die Stadt Braunschweig in einem
unerbittlichen Zustand von den Nazihorden verfallen worden
war, die SA-Polizeibeamten den deutschen Reich er-
halten, das Streik beiseite zu schaffen, auf dem die
Parteisoldaten Franzen kampiert hatten.
Ueber die Teilnehmernzahl gehen die Schätzungen der
eigenen Nazipresse weit auseinander. Die braunschweigische
Polizei hatte auf „ungefähr 7000“ geschätzt. Das hannover-
sche Hitlerorgan schreibt von 10 000. Goebbels im „Kampf“
macht daraus 40 000 und der Volkstribun beobachtet in München gar
60 000 Teilnehmer.

Aus Franzens Drittem Reich



In Braunschweig wird die Schupolizei von der
saarischen SA vertrieben.